

Wissenskulturen e.V.

Begründung, Belege und Schlussfolgerungen zum Antrag an den Rat der Bundesstadt Bonn,

- 1. dem früheren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, der 1933 Adolf Hitler und der NSDAP die Regierungsmacht übertrug, die ihm in demselben Jahr von der Stadt Bonn verliehene Ehrenbürgerwürde abzuerkennen,**
- 2. den Hindenburgplatz und die Hindenburgallee umzubenennen.**

BEGRÜNDUNG

Der frühere Reichspräsident Hindenburg muss aufgrund der gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnisse als verhängnisvolle Unheilsgestalt der deutschen Geschichte erachtet werden.

Als Chef der Obersten Heeresleitung war Hindenburg im ersten Weltkrieg für den Tod von Millionen von Soldaten und für die systematische Ausweitung des Krieges auf alle gesellschaftlichen Bereiche verantwortlich. Die Alliierten forderten deshalb seine Auslieferung als Kriegsverbrecher.

Hindenburg, der in der Weimarer Republik maßgeblichen politischen Einfluß ausübte, hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass demokratische Grundrechte und freie Wahlen nur als Übergang zu einer autoritären Herrschaft, die er als „Volksgemeinschaft“ bezeichnete, hinzunehmen seien. Sein politisches Handeln war von Anfang an auf die Beseitigung der Republik im Interesse antirepublikanischer und demokratiefeindlicher Kreise ausgerichtet.

Hindenburgs Handlungen und Einmischungen in die Politik haben der nationalsozialistischen Diktatur den Weg gebahnt. Nachdem er Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, trug er durch entsprechende Verordnungen und durch Ausnutzung seines Ansehens in Teilen der Öffentlichkeit wesentlich dazu bei, die Naziherrschaft zu verfestigen und die Opposition auszuschalten.

BELEGE FÜR VORSTEHENDE AUSSAGEN

Hindenburgs Ausspruch, „*Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur*“, entlarvt ihn als zum Blutbad bereiten unerbittlichen Gegner jeglichen Friedenskompromisses. Noch im September 1917 hatte er pathetisch gefordert: „*Die Zähne zusammenbissen! Kein Wort mehr vom Frieden, bis die blutige Arbeit vollendet und der Sieg unser ist.*“ Erst in der allerletzten Phase des Krieges, als die Niederlage bereits besiegelt war, ersuchte er aus lediglich taktischen Motiven und zur Abwendung einer bedingungslosen Kapitulation die Reichsführung, ein Waffenstillstandsabkommen mit der Entente einzuleiten.

Hindenburg war es, der mit der Obersten Heeresleitung den unbeschränkten U-Bootkrieg gegen den Willen der politischen Führung durchsetzte, und ebenfalls Hindenburg war es, der ohne politische und moralische Hemmungen Belgierinnen und Belgier zur Arbeit in Deutschland zwang. Diese Maßnahmen bedingten eine Ausweitung der Kriegshandlungen, den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika und eine gewissenlose Zunahme von Kriegsopfern. Historisch wird Hindenburg damit zum Wegbereiter der verbrecherischen Kriegsführung der Nationalsozialisten im zweiten Weltkrieg.

Hindenburg stellte am 18. November 1919 vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung die folgenschwere Behauptung auf, dass das deutsche Heer im Felde unbesiegt, die Niederlage vielmehr das Werk treuloser revolutionärer und pazifistischer Kräfte gewesen sei, die Flotte und Heer zersetzt hätten; heimtückisch sei die deutsche Armee „*von hinten erdolcht worden*“. Tatsächlich aber hatte nicht eine innenpolitische Opposition, sondern die militärische Überlegenheit der Entente die deutsche Niederlage herbeigeführt, wie Hindenburg noch am 14. August 1918 vor dem Kaiser eingeräumt hatte. Diese Dolchstoß-

legende diente in der Weimarer Republik dazu, die demokratische Verfassung mit dem Geburtsmakel einer schmachvollen Niederlage zu belasten. Sie hetzte die Bevölkerung gegen die Republik wie auch gegen die ehemaligen Kriegsgegner auf und wirkte so einem Friedensprozess und der Versöhnung entgegen. Die Dolchstoßlegende machte die Bahn frei für eine nationalsozialistische Revision des Versailler Vertrages, wurde zum Leitmotiv der NS-Kriegspropaganda, die auf Revanche und totalen Krieg sann, und damit zur Saat des 2. Weltkrieges.

Hindenburg vollendete sein politisches Werk als „*Brückenbauer der Volksgemeinschaft*“ mit der Einsetzung Hitlers zum Reichskanzler. So sollte das deutsche Volk über alle „*Klassen- und Standesinteressen*“ hinweg zur Einheit im Sinne einer Blut- und Boden-Ideologie geführt werden. Durch Hindenburgs „*Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes*“ sowie seine „*Verordnung zum Schutz von Volk und Staat*“ im Februar 1933 wurden die demokratischen Grundrechte außer Kraft gesetzt und die Voraussetzung dafür geschaffen, die Opposition zu beseitigen sowie die NS-Diktatur zu begründen und zu legitimieren. Als Reichspräsident hatte er maßgeblichen Anteil an der Auflösung des preußischen Landtages und am Zustandekommen des Reichsermächtigungsgesetzes, mit dem Hitler seine Alleinherrschaft durchsetzte und festigte.

Auf einem Plakat zu den Wahlen vom März 1933 zeigte sich Hindenburg mit Hitler an seiner Seite unter dem Titel: „*Der Marschall und der Gefreite kämpfen mit uns für Frieden und Gleichberechtigung.*“ Damit demonstrierte er in aller Öffentlichkeit seinen wachen Sinn für die nationalsozialistische Demagogie und seine Bereitschaft, Hitler und die NSDAP zu unterstützen. Im November 1933 begrüßte er in einer Rundfunkansprache Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und lobte „*die mutige, zielbewusste und kraftvolle Führung des am 30. Januar von mir berufenen Reichskanzlers Hitler*“.

In seinem Testament schrieb Hindenburg: „*Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan.*“

SCHLUSSFOLGERUNG

Vor dem Hintergrund dieses Lebenswerkes, dessen Stationen hier nur anhand einiger weniger Beispiele dargestellt werden können, die frei zugänglichen historischen Quellen leicht zu entnehmen sind, ergibt sich schlüssig:

Der Rat der Bundesstadt Bonn muss Hindenburg das Ehrenbürgerrecht postum entziehen und den nach ihm benannten Örtlichkeiten neue Namen geben.

In einer Situation, in der die demokratische Öffentlichkeit nach Wegen und Mitteln gegen rechtsextremistischen Terror und die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes sucht, ist die Ehrenbürgerschaft für einen Wegbereiter des NS-Regimes, der wie kaum eine andere Person für Demokratiefindlichkeit und nationale Überheblichkeit steht, ein Affront gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und gegenüber allen Menschen, die sich gegen Rassismus und Neonazis mutig zur Wehr setzen.

Mit diesem Antrag möchten wir den guten Namen der ehemaligen Bundeshauptstadt und jetzigen Bundesstadt Bonn als einer weltoffenen und toleranten UN-City, die Menschen aus allen Ländern und Kulturen willkommen heißt, schützen und verteidigen. Diesem Ruf ist die Ehrenbürgerschaft eines Steigbügelhalters der fremdenfeindlichen, rassistischen und staatsterroristischen Nazi-Diktatur abträglich. Auch steht Hindenburgs Unversöhnlichkeit gegenüber den ehemaligen Kriegsgegnern im Widerspruch zu den zahlreichen Städtepartnerschaften und den Bestrebungen Bonns, Sitz der Vereinten Nationen zu sein.

Bonn im April 2012